

A N F R A G E von Jacqueline Fehr (SP, Winterthur) und Christine Schwyn
(FraP!, Zürich)

betreffend Geldern von Sextelephon-Betreibern

Wie der Presse in den letzten Tagen zu entnehmen war, hat der Kanton Zürich mehrere Millionen Franken aus Strafbefehlen gegen Sextelephon-Betreiber eingenommen. Gemäss einer Mitteilung des zuständigen Bezirksanwaltes werden es bis zum Abschluss des Verfahrens Fr. 9 Millionen sein.

Gestützt auf diese Angaben stellen wir dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat oben genannte Angaben bekannt und treffen sie zu?
2. Ist der Regierungsrat bereit, diese aus frauendiskriminierenden Aktivitäten gewonnenen Gelder in erster Linie Frauenprojekten zur Verfügung zu stellen? Wir denken da an das Frauen-Informationszentrum Dritte Welt (FIZ), die Beratungsstelle Castagna, die Nottelefon Zürich und Winterthur, die Frauenhäuser Zürich und Winterthur, die Vereine Mädchenhaus und Limita und verschiedene kulturelle Projekte von Frauen für Frauen.
3. Hält es der Regierungsrat für sinnvoll, für die Verteilung dieser Gelder einen Fonds ins Leben zu rufen?

Jacqueline Fehr
Christine Schwyn